Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Finanzen

zu der Mitteilung der Landesregierung vom

19. Dezember 2019

– Drucksache 16/7490

Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Stand der IT-Neuordnung

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 19. Dezember 2019 – Drucksache 16/7490 – Kenntnis zu nehmen.

13. 02. 2020

Der Berichterstatter:

Stephen Brauer

Der Vorsitzende:

Rainer Stickelberger

Bericht

Der Ausschuss für Finanzen beriet die Mitteilung Drucksache 16/7490 in seiner 53. Sitzung am 13. Februar 2020.

Der Berichterstatter erklärte, der Landtag habe die Landesregierung mit Beschluss vom 21. Februar 2019 – Drucksache 16/5662 Ziffer 2 – ersucht, ihm jährlich gesondert über den Stand der IT-Neuordnung in allen Ressorts und Geschäftsbereichen zu berichten. Nun liege mit der Mitteilung Drucksache 16/7490 der erste dieser Berichte vor.

Der Abgeordnete verwies auf Inhalte des vorliegenden Berichts und trug ergänzend vor, er halte es für ärgerlich, dass auch der Landtag zu den Verwaltungseinheiten gehöre, die vom Ende des Supports für das Betriebssystem Windows 7 offensichtlich überrascht worden seien.

Schwierig bleibe die Gewinnung von qualifiziertem Personal im IT-Bereich. Auf Initiative seiner Fraktion, der sich schließlich auch Grüne, CDU und SPD angeschlossen hätten, sei im Rahmen der Beratungen des Haushalts 2020/2021 das Ersuchen an die Landesregierung beschlossen worden, dem Landtag bis zum

30. September 2020 ein Konzept zur IT-Stellen-Zulage im öffentlichen Dienst vorzulegen. Ihn interessiere, ob sich nun mehr qualifiziertes Personal rekrutieren lasse.

Eine durch eine Unternehmensberatung vorgenommene Bewertung zeige,

dass die BITBW bezüglich ihres Reifegrads in weiten Teilen dem Niveau anderer öffentlichen Rechenzentren entspricht. Dennoch sind hohe Verbesserungsbedarfe erkennbar, ...

Er frage, was dies bedeute. Die aufgegriffene Bewertung spreche wohl grundsätzlich nicht für öffentliche Rechenzentren.

Ob die von der Landesregierung avisierten Minderausgaben durch die IT-Neuordnung erzielt werden könnten, sei auch angesichts offener Verträge im Softwarebereich fraglich. Vielleicht könne heute eine Aussage zum Stand des Einsparpotenzials getroffen werden.

In dem vorliegenden Bericht würden die Kosten zur Gewährleistung der IT-Sicherheit nicht genannt. Ihn interessiere, auf welche Höhe sich diese beliefen. Ferner bitte er um Auskunft, wann die Migration auf den neuen Standardarbeitsplatz in der Landesverwaltung abgeschlossen sei.

Ein Abgeordneter der SPD bemerkte, es sei nicht leicht gewesen, das Projekt der IT-Neuordnung durchzusetzen. Unter dem Engagement des damaligen Staatssekretärs im Finanzministerium und mit Rückendeckung des Regierungschefs hätten die Ressorts zusammenfinden müssen. Im vorliegenden Bericht heiße es nun relativ offen:

... ist festzustellen, dass die IT-Neuordnung, auch aus Sicht der Ressorts, an Fahrt verloren hat.

Möglicherweise fehle es auch an Unterstützung. Hierbei gehe es nicht um die Fachlichkeit der Leitung der Landesoberbehörde IT Baden-Württemberg (BIT-BW), sondern um die politische Frage, ob die bestehenden Hürden beseitigt werden könnten. Auch stelle sich die Frage, ob durch die Evaluationen ein gewisser Attentismus vorliege, der weitere Migrationsprojekte über die ohnehin schon bestehenden Schwierigkeiten hinaus – etwa was die Gewinnung von Fachkräften betreffe – behindere.

Für die Bewertung durch den Haushaltsgesetzgeber sei es wichtig, dass einmal gegenübergestellt werde, welcher Betrag durch die IT-Neuordnung eingespart worden sei und wie sich andererseits der Aufwand darstelle. Letzterer sei gestiegen, weil die Landespolitik die Digitalisierung stärker beachte und somit Neues hinzugekommen sei. Vielleicht bestünden auch noch Belastungen aus der Vergangenheit, etwa in Form von Softwarerahmenverträgen.

Er bitte zu diesem Tagesordnungspunkt auch um eine Stellungnahme des Rechnungshofs.

Ein Abgeordneter der CDU hob hervor, allen, die dieses Thema verfolgten, sei klar gewesen, dass die IT-Neuordnung nicht leicht umzusetzen sein werde. Die beiden Regierungsfractionen hätten größtes Interesse daran, dass sich im Prozess der IT-Neuordnung kein Ressort als Bremser betätige. Der eingeschlagene Weg sei richtig und müsse weiterverfolgt werden. Ob sich letztlich die erhofften Ergebnisse einstellen, sei wiederum eine andere Frage.

Ein Vertreter des Rechnungshofs brachte zum Ausdruck, der vorliegende Bericht der Landesregierung sei erstmals nach der neuen Struktur erstellt worden. Der Landtag habe der Landesregierung konkrete Elemente vorgegeben, die in dem Bericht aufgegriffen werden sollten. Die Landesregierung sei in weiten Teilen auf diese Elemente eingegangen und habe einzelne Sachverhalte sowie Problemfelder deutlich besser beschrieben als in den vergangenen Jahren. Dennoch könnte die Landesregierung auf manches noch detaillierter und vollständiger eingehen. Dies gelte beispielsweise für die Migration im Bereich der IT-Neuordnung, die Stellenübergänge und die Fachverfahren.

Ziffer 2 c des vom Berichterstatter eingangs erwähnten Landtagsbeschlusses laute:

Aussagen zur Finanzierung wesentlicher IT-Vorhaben (gegebenenfalls auch aus dem IuK-Strukturpool) zu treffen,

Dazu habe die Landesregierung folgende lapidare Aussage getroffen, die im Grunde keinen Informationswert besitze:

Die Finanzierung wesentlicher IT-Vorhaben erfolgt durch im Staatshaushalt gegebene Finanzierungsmöglichkeiten.

Diese etwas dürre Aussage überrasche umso mehr, als der kürzlich verabschiedete Doppelhaushalt 2020/2021 durchaus positive Elemente aufweise, die einer Erwähnung wert gewesen wären. So sei beispielsweise im Etat des Innenministeriums für die Modernisierung der Telefonie in der Landesverwaltung eine globale Mehrausgabe einschließlich Verpflichtungsermächtigungen in beträchtlicher Höhe veranschlagt worden. Interessant gewesen wären auch Angaben zur Finanzierung der E-Akte und des Projekts „Restrukturierung des Haushaltsmanagementsystems und Einführung eines Kassensystems auf SAP-Basis“ (RePro). Dies hätte die Darstellung der Kostenseite in dem Bericht etwas abgerundet.

Der Rechnungshof sei in einer Veröffentlichung aus dem Jahr 2009 davon ausgegangen, dass sich durch die Bündelung der IT strukturelle Einsparungen in Höhe von 40 Millionen € erzielen ließen. Die Diskussion habe sich weiterentwickelt, und schließlich hätten 25 Millionen € im Raum gestanden. Ihm sei der Hinweis wichtig, wie mit einer solchen Zahl umgegangen werden sollte. IT sei nichts Statisches. Deshalb könne nicht gemeint sein, dass gegenüber einem bestimmten Ausgangspunkt eine absolute Einsparung entstehe. Da andernfalls auch eine Evaluation schwerfallen würde, müsse jedoch erwartet werden, dass die Landesregierung benennen könne, an welchen Stellen sich gegenüber einem bestimmten Stand Synergieeffekte erzielen ließen. Nach seinem Eindruck sei die Landesregierung in den letzten Jahren sehr wohl und immer besser in der Lage gewesen, einzelne solcher Elemente zu nennen. Er erinnere z. B. an die E-Mail-Accounts.

Die Vizepräsidentin des Rechnungshofs ergänzte, die 40 Millionen €, die ihr Kollege zuvor erwähnt habe, basierten auf einer Zahl von 4 000 physikalischen Servern im Jahr 2009. Nur drei Jahre später habe diese Zahl einer erneuten Erhebung zufolge bei 7 000 gelegen. Somit sei auch der Umfang an Investitionen und Technik im Bereich IT innerhalb eines relativ kurzen Zeitraums gestiegen.

Der Beauftragte der Landesregierung für Informationstechnologie führte aus, bei der Abfassung des Berichts der Landesregierung habe die Meldung der Polizei für das vierte Quartal 2019 noch nicht vorgelegen. Dies sei inzwischen der Fall. Dadurch hätten sich die Zahlen erheblich verändert, was die Migration auf den neuen Standardarbeitsplatz in der Landesverwaltung betreffe. So seien gegenwärtig 42 000 von 65 000 Arbeitsplätzen migriert. Das Ziel bestehe darin, den Rollout in diesem Jahr zu beenden. Er sehe eine realistische Chance, dieses Ziel zu erreichen.

Die Gewinnung von Personal im IT-Bereich sei eine Herausforderung. Das Innenministerium stehe in engem Kontakt zum Finanzministerium, um in diesem Bereich attraktive Angebote unterbreiten zu können. Es gelinge auch, geeignete Kräfte am Markt zu rekrutieren.

Es sei beabsichtigt, die BITBW zu professionalisieren und zu diesem Zweck einen „Head of Technology“ einzustellen, der aus der freien Wirtschaft gewonnen werden solle. Das Innenministerium befinde sich auch hierzu in sehr guten Gesprächen mit dem Finanzministerium, um eine Topposition zu einem Gehalt ausschreiben zu können, das mit dem in der freien Wirtschaft konkurrieren könne.

Er sei jetzt nicht in der Lage, die Ausgaben, die gegenwärtig ganz gezielt für die IT-Sicherheit getätigt würden, zu beziffern. Allerdings bilde die Gewährleistung der IT-Sicherheit die größte Herausforderung, vor der die BITBW derzeit stehe. Bei den Millionen von Mails, die in den letzten Monaten an die Landesverwaltung gerichtet worden seien, habe es sich in weniger als 5 % der Fälle um echte Mails gehandelt. Alles andere seien Spams und Angriffsvektoren gewesen. Diese würden

von den Mitarbeitern der BITBW weggefiltert, sodass sie gar nicht am einzelnen Arbeitsplatz ankämen. Die BITBW betreibe einen sehr hohen Aufwand, um das Risiko für die Landesverwaltung zu minimieren. Auch könne sich jeder vorstellen, welche Investitionen dies erfordere. Die Angriffsversuche in den letzten Monaten seien alle schadlos überstanden worden. Auf der Agenda stehe auch der Aufbau einer Cybersicherheitsagentur, da sich das Land nicht nur in Bezug auf die Landesverwaltung, sondern auch auf Bürgerschaft und Wirtschaft durch die bestehende Bedrohungslage künftig noch einmal anders aufstellen müsse.

Dem ursprünglichen Zielwert von 40 Millionen €, die durch die IT-Neuordnung eingespart werden sollten, stehe inzwischen eine erhebliche Steigerung der Volumina gegenüber. Zwar ließen sich Stückkostenvorteile geltend machen, doch würden diese durch mittlerweile höhere Volumina wieder überlagert.

Er verfüge sehr wohl über eine Auflistung, an welchen Stellen sich Effizienzvorteile ergeben hätten. Dabei handle es sich um viele Punkte. Er sei gern bereit, dies offenzulegen oder die Auflistung in den nächsten Bericht über den Stand der IT-Neuordnung mit aufzunehmen.

2018 habe die BITBW eine Neuausschreibung zum Landesverwaltungsnetz (LVN) durchgeführt, wie auch im vorliegenden Bericht erwähnt werde. Das aufgegriffene Projekt habe sich stark in der Diskussion befunden. Es seien viele Anfragen eingegangen, warum so explizit und in solch kleinen Mengen ausgeschrieben worden sei. Gegenüber dem Vorvertrag habe ein höherer sechsstelliger Betrag eingespart werden können. Auch sei die Bandbreite der ausgeschrieben LVN-Leitungen um den Faktor 5,5 gesteigert worden. Es bestünden sehr viele solcher Diskussionspunkte. Er sei gern bereit, sie zu benennen.

Die BITBW habe rasch ein starkes Lizenzmanagement aufgebaut. Bei Oracle und Microsoft gehörten Softwareaudits zur Firmenstrategie. Angesichts der komplizierten Verträge sei das Risiko erheblich, dass Lizenzverstöße begangen würden und somit Strafzahlungen geleistet werden müssten. Das Land habe mit Oracle einen großen Vertrag abgeschlossen. Über die Vertragsgestaltung sei es gelungen, einerseits eine Preisreduzierung gegenüber dem Vorvertrag zu erzielen und andererseits das Auditrisiko auszuschließen. Die monetäre Bewertung dieser Positionen sei nicht ganz einfach. Er werde die Positionen aber offenlegen.

Die vom Land abgeschlossenen Verträge würden systematisch durchgesehen. Er sei sich im Moment keines Vertrags bewusst, der schlecht wäre und eine Belastung darstellen würde.

Der Rechnungshof habe die Landesregierung etwas für ihren Bericht kritisiert. Allerdings habe es sich um ein neues Format gehandelt, sodass die Berichtserstellung schwierig gewesen sei und vom Umfang her ein Mittelweg habe gefunden werden müssen. Er bedaure, dass die Landesregierung das Maß der vom Rechnungshof erwünschten Berichterstattung nicht getroffen habe, führe nun aber zu Großprojekten ergänzend Folgendes aus:

Das große und sehr gute Projekt RePro sei über den Staatshaushalt finanziert. Dies habe es inzwischen auch ermöglicht, einen größeren Vertrag mit SAP zu schließen. Dadurch wiederum sinke der prozentuale Wartungsanteil. Auch hier habe sich durch die Konsolidierung von Verträgen die Chance eröffnet, dauerhaft Kosten zu sparen. Das Projekt RePro laufe derzeit planmäßig und mit Hochdruck unter der Federführung des Finanzministeriums. Die Projektkosten hätten sich 2019 auf 33 Millionen € belaufen. Das Projekt insgesamt umfasse ein Volumen von 113 Millionen €. Der Produktivstart sei nach aktuellen Planungen zum 1. Januar 2022 vorgesehen.

Die E-Akte bilde einen grundlegenden Baustein der Digitalisierungsstrategie des Landes. Entsprechende Fachkonzepte seien erstellt. Seit Anfang Dezember 2019 laufe der Pilotbetrieb, über den Erkenntnisse gesammelt werden sollten. Bis Mitte Februar 2020 kämen mehrere Häuser hinzu. Die Gesamtkosten beliefen sich auf 79,2 Millionen €, wovon 37,9 Millionen € auf eine Verpflichtungsermächtigung im Jahr 2021 entfielen. Das Projekt solle nach jetzigem Planungsstand 2023 abgeschlossen werden.

Für die Modernisierung der Telefonie seien insgesamt 245 Millionen € im Haushalt veranschlagt.

Er würde es dabei einmal bewenden lassen, was die Ausführungen zu Großprojekten betreffe. Die Landesregierung werde den Landtag im nächsten Bericht über den Stand der IT-Neuordnung gern auch über die Großprojekte und deren Finanzierung informieren.

Der Ausschussvorsitzende wies darauf hin, der Vertreter des Rechnungshofs habe aufgezeigt, was in den nächsten Bericht aufgenommen werden sollte. Allerdings stelle sich die Frage, weshalb die dezidierten Zahlen, die der Beauftragte der Landesregierung für Informationstechnologie jetzt genannt habe, nicht in den vorliegenden Bericht eingegangen seien.

Der Beauftragte der Landesregierung für Informationstechnologie antwortete, dazu habe es vielleicht an der nötigen Sensitivität gefehlt. Die Landesregierung könne die Angaben aber gern nachreichen.

Der Ausschussvorsitzende schlug vor, dass der Beauftragte der Landesregierung für Informationstechnologie das, was er jetzt mündlich dargestellt habe, ergänzend noch in Schriftform vorlege. Er fügte hinzu, dies ermögliche einen Vergleich mit den Angaben im nächsten Bericht, sodass festgestellt werden könne, welche Entwicklung sich vollzogen habe. Damit sei wohl auch dem Anliegen des Rechnungshofs weitgehend entsprochen.

Der Beauftragte der Landesregierung für Informationstechnologie sagte zu, dem Vorschlag des Vorsitzenden zu folgen.

Sodann verabschiedete der Ausschuss ohne Widerspruch die Beschlussempfehlung an das Plenum, von der Mitteilung Drucksache 16/7490 Kenntnis zu nehmen.

04. 03. 2020

Brauer